



Presseinformation

Nr. 328 / 2012

Kiel, Mittwoch, 5. September 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Feldversuch Lang-LKW

Oliver Kumbartzky: Für den Einsatz von Lang-LKW gibt es viele gute Argumente

Zur heutigen Inbetriebnahme eines Lang-LKW in Brunsbüttel und der Klage Schleswig-Holsteins vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Feldversuch erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„In Brunsbüttel wird heute ein weiterer Lang-LKW auf die Straße gebracht – das ist ein wichtiges Signal. Denn damit wird nicht nur der Feldversuch in die Praxis umgesetzt. Die daraus gewonnenen Ergebnisse werden darüber hinaus für den zukünftigen Einsatz von Lang-LKW von zentraler Bedeutung sein. Bereits im Juli waren durch die Freigabe der Strecke zwischen dem ChemCoastPark Brunsbüttel und dem Hamburger Hafen die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Inbetriebnahme geschaffen worden. Wer sich dem Versuch nun versperrt, der verweigert sich auch jeder weiterführenden Erkenntnis. Es ist für uns daher vollkommen unverständlich, warum Schleswig-Holstein der Klage gegen den Feldversuch beigetreten ist. Damit wird dem Logistikstandort Schleswig-Holstein massiver Schaden zugefügt.“

Für den Einsatz von Lang-LKW gibt es viele gute Argumente. So entlasten die modernen Lang-LKW die Straßen. Wenn eine vorgegebene Gütermenge mit zwei statt mit drei LKW-Fahrten transportiert werden kann, ist die Verkehrsbelastung deutlich geringer. Zudem verbrauchen die Lastzüge nur unwesentlich mehr Kraftstoff als herkömmliche LKW, so dass in der Summe sowohl der Kraftstoffverbrauch als auch der CO²-Ausstoß vermindert wird.

Die FDP-Fraktion steht weiterhin zu dem Feldversuch und hat daher einen Antrag für die nächste Landtagssitzung eingereicht, in welchem die Landesregierung aufgefordert wird, von der Klage Abstand zu nehmen. Es wird Zeit, dass sich die Verkehrspolitik der Dänen-Ampel endlich versachlicht und dass man sich seitens der Koalition endlich am Wohle unseres Landes orientiert“, so Kumbartzky abschließend.